



**Dr. Birgit Reinemund**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Rede Reinemunds

Aktuelle Stunde: auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:  
Steuersenkungspläne der FDP, ihre Auswirkungen auf die Kommunen  
und die hierzu bislang fehlenden Finanzierungsvorschläge

**Dr. Birgit Reinemund, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73651  
Fax: +49 30 227-76652  
birgit.reinemund@bundestag.de

**Wahlkreisbüro :**  
T6, 19  
68161 Mannheim  
Telefon: +49 621-12827-113  
Fax: +49 621-12827-167  
birgit.reinemund@wk.bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Finanzausschuss

Homepage: [www.birgit-reinemund.de](http://www.birgit-reinemund.de)

Anrede

Einleitung:

- 1) Lassen Sie mich auf die Kommunen eingehen: Die Lage vor Ort ist ernst. Das ist mir als Stadträtin in Mannheim - mitten in den kommunalen Haushaltsberatungen - schmerzlich bewusst. Die aktuelle Finanzlage kann jedoch noch nichts mit den Gesetzen zu tun, die im Januar 2010 in kraft getreten sind.

Die katastrophale Haushaltslage der Kommunen ist zum einen krisenbedingt, zum anderen werden die strukturellen Defizite der Gemeindefinanzierung jetzt besonders deutlich. Diese waren auch Ihnen, Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen durchaus bekannt, ich erinnere an die Steuereinbrüche in der Krise 2002. Doch welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen? Keine! Im Gegenteil: Ob Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger oder der Krippenausbau, in den vergangenen Jahren haben sie den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen, ohne gleichzeitig die Kosten abzudecken.

Die Steuerschätzung vom November 2009 prognostizierte für 2010 Steuereinnahmen für die Kommunen in Höhe von 66,5 Milliarden Euro. Im Vergleich: 2009 lagen sie bei 69,3 Milliarden, im Rekordjahr 2008 noch bei 77 Milliarden. Der Anteil der Gewerbesteuer an den Gemeindesteuern betrug 2009 in Deutschland 48% brutto, 41% netto d.h. nach Abführung der Gewerbesteuerumlage an Land und Bund. Damit ist der Gewerbesteueranteil für viele Kommunen ein wesentlicher finanzieller Grundstock. Leider ist dieser Grundstock auf keinem soliden Fundament gebaut, sondern eher auf schwammigem Boden. So schwankte das Gewerbesteueraufkommen im Zeitraum von 1999 bis 2008 zwischen 27 Mrd. und 41 Mrd. Euro - mit einem Einbruch auf 23,5 Mrd. Euro im Jahr 2002. Planungssicherheit sieht anders aus!

2009 erlebten wir einen Konjunkturereinbruch von 5 Prozent. Der Deutsche Städtetag schätzt gleichzeitig einen Rückgang bei der



Gewerbsteuer 2009 von durchschnittlich 18,3 Prozent brutto, wobei die einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich betroffen sind – mit teilweise über 40 Prozent Gewerbesteuermindereinnahmen. Diese Zahlen belegen eindeutig die extreme Konjunkturabhängigkeit gerade der Gewerbesteuern. Wir brauchen eine Alternative, eine stabilere und verlässlichere Finanzierungsgrundlage für die Kommunen.

Ich erinnere daran, dass die FDP seit Jahren fordert, die Gewerbsteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer zu ersetzen, mit eigenem eigenem Hebesatzrecht für die Kommunen.

Ein Mix aus Einkommens-, Körperschafts und Umsatzsteueranteilen ist einfacher, transparent und deutlich weniger konjunkturabhängig. Zum Beispiel sind die Einnahmen aus der Umsatzsteuer im Gegensatz zu allen anderen Steuerarten im Krisenjahr 2009 sogar leicht gestiegen. Hätten sie früher auf die FDP gehört, sähe es heute bei den Gemeindefinzen anders aus.

2) Voraussetzung für Steuereinnahmen ist wirtschaftlicher Erfolg, Arbeitsplätze und Wachstum. Jede verhinderte Insolvenz, jeder erhaltene Arbeitsplatz kommt direkt auch den Kommunen zugute und spült Steuern in die leeren Kassen. Das vergessen unsere Kritiker oft.

Prognosen sind keine statischen Zahlen, sondern Hochrechnungen. Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess!!

Mein Kollege Carl-Ludwig Thiele hat noch vor der Wahl das damals SPD-geführte Finanzministerium gefragt, um wie viel die Steuereinnahmen bei einem Prozent Wachstum steigen. Die Antwort lautete, dass dies den Finanzierungssaldo der öffentlichen Hand um ein halbes Prozent verbessern würde. Ein halbes Prozent, meine Damen und Herren, entspricht etwa 5,5 Milliarden Euro mehr Steuern und 3,5 Milliarden Euro höhere Sozialbeiträge sowie weniger Sozialausgaben, zusammen 12-13 Milliarden Euro! Das ist der Weg!.

3) Schluss:

Nicht der von der SPD geforderte Rettungsschirm wird den Kommunen mittel- und langfristig finanzielle Planungssicherheit geben. Weitere Flickschusterei hilft niemandem. Wir wollen eine nachhaltige Gemeindefinanzreform, eine Strukturreform, die Fehlentwicklungen beseitigt. Und das Konnexitätsprinzip muss



wieder zur Geltung kommen, damit wieder gilt „wer bestellt, bezahlt“ : Das werden wir auf den Weg bringen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits in vollem Gang.